



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. Januar 2014, Nr. 1

Zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen für die in den letzten zwölf Monaten geleistete Arbeit.

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen genießt zu Recht einen guten Ruf. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wissen, dass die Aufgabe, in unserer Gesellschaft für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen, von Ihnen sehr ernst genommen und mit hohem Einsatz erfüllt wird. In vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, die ich auch in diesem Jahr wieder führen durfte, ist mir immer wieder deutlich geworden, wie stolz Sie alle auf Ihre Leistungen sein können. Was Sie, die Angehörigen der Justiz in Nordrhein-Westfalen auszeichnet und was Sie über alle Dienstzweige miteinander verbindet, sind Urteilsvermögen, Verantwortungsbewusstsein und nicht zuletzt ein hohes Maß an Solidarität und Wertschätzung untereinander.

Ich bin mir darüber bewusst, dass der Dienstherr für einen vertrauensvollen und wertschätzenden Umgang, der mir besonders wichtig ist, einen Rahmen zu setzen hat. Hierzu gehört auch eine zur Wahrnehmung unserer wichtigen Aufgaben erforderliche und angemessene Finanz- und Stellenausstattung sowie eine sichere berufliche Perspektive. Diesbezüglich haben bei einem Teil von Ihnen nicht alle Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags im letzten Jahr Gefallen gefunden. Hierzu möchte ich Ihnen versichern, dass die Kritik daran angekommen ist und ich diese auch sehr ernst nehme.

Ich habe aber den Eindruck, dass wir ungeachtet dessen uns alle weiter gemeinsam dafür einsetzen wollen, die Arbeitsbedingungen in der Justiz des Landes insgesamt, Ihre Arbeitsbedingungen, weiterhin vernünftig auszugestalten und, wo immer es möglich ist, noch zu verbessern.

Schritte in diese Richtung gehen wir auch bereits wieder mit dem Haushalt des neuen Jahres. Nachdem es schon in den letzten Jahren gelungen ist, durch die Schaffung von insgesamt fünfhundertfünfzig Stellen einen großen Missstand im Justizbereich, nämlich die hohe Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse im mittleren Dienst, zu beseitigen und wir für den Justizvollzug im Zuge der Übernahme neuer Aufgaben neue Stellen haben einrichten können, freut es mich ganz besonders, dass auch mit diesem Haushalt gleich in mehreren Justizbereichen beachtliche Verbesserungen erzielt werden konnten. Die Arbeits- und die Sozialgerichtsbarkeit erhalten zweiundzwanzig zusätzliche Planstellen für den Justizwachtmeisterdienst. Damit kann schon bald die Eingangskontrolle in beiden Gerichtsbarkeiten flächendeckend durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal

durchgeführt werden. Weitere zehn Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes sind für die ordentliche Gerichtsbarkeit vorgesehen, damit diese die Kolleginnen und Kollegen der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Vertretungszeiten unterstützen. Diese Maßnahme stellt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit der rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger, der Anwaltschaft, aber insbesondere auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gerichten der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit dar.

Besonders am Herzen liegt mir auch die Verstärkung des hoch belasteten Amtsanwaltsdienstes. Der Haushalt 2014 sieht für diese Laufbahn zwanzig zusätzliche Planstellen vor. Eine weitere Entlastung der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte soll es im Haushalt 2015 geben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit diesen Maßnahmen für den Amtsanwaltsdienst schon bald wieder eine akzeptable Belastung erreichen werden.

Schließlich will ich den Erhalt von siebenunddreißig Stellen bis zum Ende des Jahres 2017 nicht unerwähnt lassen. In der Verwaltungs-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit, aber auch in der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden aus Belastungsgründen insgesamt fünfzehn Richterstellen sowie zweiundzwanzig Stellen des Servicebereichs nicht wie vorgesehen abgebaut.

Wichtige Rahmenbedingungen eines wertschätzenden und vertrauensvollen Umgangs - insbesondere der Führungskräfte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - in der Justiz werden durch die Rahmenkonzepte zur Personalentwicklung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften und für den Justizvollzug gesetzt, die am 15. Mai 2013 in Kraft getreten sind. Diese sollen dazu beitragen, auch weiterhin persönlich und sozial kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, diese aus- und fortzubilden, sie gesund, leistungsfähig und motiviert zu erhalten sowie ihnen im Verlauf ihres Berufslebens Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Für den Justizvollzug bedeutet dies insbesondere, Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, die insbesondere mit hohem Respekt vor der Menschenwürde handeln, mit ihren Befugnissen verantwortungsvoll umgehen und den namentlich über die Leitlinien angestrebten "aktivierenden Strafvollzug" mitgestalten. Hier ist auch die Reform der Ausbildung für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst bei Justizvollzugseinrichtungen zu sehen, die seit dem 1. Juli 2013 alle Beteiligten in besonderem Maße fordert. In der Ausbildung sollen die persönlichen und sozialen Kompetenzen gestärkt werden. Die Nachwuchskräfte sollen in hinreichendem Maße sensibel sein für die Situation sowohl der Inhaftierten als auch der Kolleginnen und Kollegen. Sie sollen in der Lage sein, ihre Selbstwahrnehmung namentlich mit dem Ziel zu schärfen, ihre eigene Kommunikationsweise besser verstehen und steuern zu können. Die Art und Weise ihres Umgangs mit Inhaftierten prägen das Klima in den Justizvollzugseinrichtungen. Die Ausbildung schafft die Grundlage dafür, dass die Vollzugsbediensteten auch bei widrigen Umständen letztlich nicht resignieren, sondern sich der Herausforderung einer Tätigkeit im Justizvollzug immer wieder aufs Neue stellen und ihre Mit-Verantwortung für einen wirksamen Justizvollzug wahrnehmen. Diese Grundhaltung habe ich auch im Rahmen meiner vielen Anstaltsbesuche immer wieder erleben dürfen; ihr gebührt größter Respekt und ausdrücklicher Dank.

Auch bei den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern gab es 2013 eine Reform, nämlich die Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, die sie besonders stark gefordert hat. Ihren Belangen gilt ebenfalls nach wie vor die besondere Aufmerksamkeit des Justizministeriums. So werden wir insbesondere an der Umstel-

lung der Bürokostenentschädigung auf eine andere Berechnungsmethode arbeiten, um Ihre Leistungen auch angemessen zu honorieren.

Der Stärkung der Rechte der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte soll das Landesrichter- und Staatsanwältegesetz dienen. Auf dem Weg hierhin wurde ein wichtiges Zwischenziel erreicht. Das Kabinett hat im Dezember 2013 die Eckpunkte des Gesetzes gebilligt. Der vorhandene Spielraum des Verfassungs- und Bundesrechts wird zu einem wirkungsvollen Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Richterinnen und Richter genutzt werden. Zudem sollen familienfreundliche und moderne Regelungen - wie unterhältige Teilzeit und die Möglichkeit des Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand - Eingang in das Richterdienstrecht finden. Durch die Einbeziehung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in das Gesetz wird die Bedeutung der Justiz als Dritte Gewalt unterstrichen und gestärkt.

Das Bedürfnis nach familienfreundlichen Arbeitsbedingungen, die Herausforderungen des demografischen Wandels, auch mit Blick auf die Gewinnung geeigneten Nachwuchses für alle Dienstzweige sowie Fragen des Gesundheitsmanagements sind einige wichtige Themen, die aktuell, aber auch in den nächsten Jahren große Bedeutung haben werden.

Durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten im vergangenen Jahr hat der Bundesgesetzgeber die Justiz unseres Landes vor die wohl größte justizpolitische Herausforderung dieses Jahrzehnts gestellt. Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs ist nur bei gleichzeitiger Einführung der elektronischen Akte organisatorisch und wirtschaftlich sinnvoll. Darüber sind sich alle Bundesländer einig. Damit werden aber zugleich grundlegende Veränderungen der Arbeitsabläufe in der Justiz verbunden sein. Wir sollten dies als Chance begreifen, die Justiz moderner, effektiver und bürgerfreundlicher zu machen und zugleich die Arbeitsplätze und -bedingungen zeitgemäßer, flexibler, familienfreundlicher, ergonomischer und barrierefrei zu gestalten. In diesem Sinne bitte ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, sich auf die bevorstehenden Veränderungen konstruktiv einzulassen und an deren Umsetzung mitzuwirken, denn nur gemeinsam werden wir diese für die Zukunft in unserem Land so wichtige und herausragende Aufgabe bewältigen können.

Ich freue mich darauf, diese und alle weiteren Herausforderungen des neuen Jahres mit Ihnen gemeinsam anzugehen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen guten und gesunden Start in das neue Jahr und für das Jahr 2014 persönlich und beruflich alles Gute!

Thomas Kutschaty MdL
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Aktenordnung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Aktenordnung SG - AktO-SG).....	4
IT-Zentralisierung in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen - Einrichtung des IT-Dienstleisters -.....	4
Personalnachrichten	5
Ausschreibungen	9

Allgemeine Verfügungen

Nr. 1. Aktenordnung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Aktenordnung SG - AktO-SG)

**AV d. JM vom 13. Dezember 2013 (1454 - I. 400)
- JMBl. NRW S. 4 -**

I.

Die AV d. JM vom 2. Dezember 2009 (1454 - I. 400) - JMBl. NRW S. 271 - in der zuletzt geänderten Fassung der AV vom 7. Dezember 2012 - JMBl. NRW S. 342 - wird aufgehoben.

II.

Diese AV tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Nr. 2. IT-Zentralisierung in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen - Einrichtung des IT-Dienstleisters - AV d. JM vom 13. Dezember 2013 (1510 - I. 14/IT-Neustrukturierung) - JMBl. NRW S. 4 -

I.

1.

Beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln wird mit Wirkung vom 1. Januar 2014 der IT-Dienstleister eingerichtet.

Die Aufgaben des IT-Dienstleisters werden dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln übertragen und dort von einem Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Köln wahrgenommen.

2.

Aufgabe des IT-Dienstleisters ist die Erstellung des Konzepts zur IT-Zentralisierung in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen in Abstimmung mit dem Justizministerium.

Er übernimmt die Leitung des zur Vorbereitung der IT-Zentralisierung eingerichteten Aufbaustabes.

Weitere Aufgaben werden ihm sukzessive durch AV des Justizministeriums übertragen. Die bestehenden Regelungen zur IT-Organisation bleiben zunächst unberührt.

3.

Der IT-Dienstleister führt den Briefkopf: "Der Präsident des Oberlandesgerichts Köln - Zentraler IT-Dienstleister der Justiz NRW -"

II.

Diese AV tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

Personalnachrichten

Justizministerium

Ernannt:

z. **Oberregierungsrätin**: Regierungsrätin Sigrid Hellweg; z. **Regierungsrat/-rätin**: Oberamtsrat/-amtsrätin Manfred Jansen u. Luzie Lauschke; z. **Regierungsamtsinspektor** - BesGr. A 9 m. AZ. -: Regierungsamtsinspektor Dirk van der Furth.

Ruhestand

Präsident des Landesjustizprüfungsamtes Richard Bühler.

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Vors. Richterin am OLG**: Richterin am OLG Dr. Petra Schmitt-Frister in Düsseldorf; z. **Richter/in am AG**: Richter/in Lars Sören Busch, Elena Frick u. Louisa Schröder in Düsseldorf, Silke Smets in Neuss; z. **Justizoberamtsrat**: Justizamtsrat Hans-Joachim Albers in Düsseldorf; z. **Justizamtsrätin**: Justizamtfrau Petra Koerfer in Erkelenz; z. **Justizamtsinspektor/in**: Justizhauptsekretär/in Martin Selig, Gabriele Fischer, Walter Langheim, Brigitte Lüdke, Detlef Salewski, Joachim Schnitzler in Düsseldorf, Kornelia Rohmert in Langenfeld, Birgit Jansen und Birgit Schäfers in Ratingen, Markus Rachut, Sabine Ziel, Jutta Brune und Sabine Owczarzak in Duisburg, Werner Bromkamp und Christine Roemer in Mülheim an der Ruhr, Beate Hartung in Oberhausen, Ute Howe in Wesel, Klaus Thekow in Moers, Heinrich Baumann in Rheinberg, Gabriele Kunde in Krefeld, Monika Bartels, Beate Nienhaus und Elisabeth Schwindt in Mönchengladbach, Elke Botterweck und Irmgard Eßer in Erkelenz, Susanne Fongern-Wirtz, Helene Reuter und Ingmar Wefers in Mönchengladbach-Rheydt, Marion Smets in Viersen.

Versetzt:

Richterin am LG Gisela Ritvay aus Berlin nach Mönchengladbach.

Ruhestand:

Justizamtsrat Wilhelm von der Brüggen in Duisburg, Justizamtsinspektor mit Amtszulage Wilhelm Kleinophorst in Moers, Obergerichtsvollzieher mit Amtszulage Theo Bösken in Düsseldorf.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Leitenden Oberstaatsanwalt** - BesGr. R 4 -: Leitender Oberstaatsanwalt Helmut Hans Hammerschlag v. d. GStA in Aachen.

Ruhestand:

Justizamtsinspektor Heinz Jürgen Huchrak in Düsseldorf.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Übernahmen aus anderen Kammerbezirken:

Magdalene Gollasch in Duisburg, Daniel Bauer, LL.M., Yingqing Böller-He, Antje Brandt, Christian Michael Buchholz, Kais Dominic Chentir, Thomas Chwalek, Christina Demand, LL.M., Dr. Robert Elixmann, Lars Fasting, Dr. Torsten Glinke, Susanne Große, Simone Hachenberg, Philippe Heinzke, Jens Hönig, Fabian Jenderek, Clarissa Junge-Gierse, Dr. Anna Franziska Kaßmann, Katrin Krawinkel, Karl Krogoll, Susanne Lampret, Norbert Nather, Dr. Ferdinand Neuerburg, André Neumann, André Raab, Dr. Julius Raapke, Christoph Rieckmann, Serkan Saglik, Vanessa Scheufele, Annette Schmid, Dr. Hermann Schmitt, Philipp-Alexander Schütter, Malek Shaladi, Jana Steinbauer, Melvin Sutaty, Dr. Elena Wilke, Dr. Tim Wittenberg, LL.M. u. Sandra Zimmerer in Düsseldorf, Volker Romag in Hilden, Dr. Isabel Polley in Meerbusch, Benjamin Kura in Oberhausen, Anne Bölling u. Harald Sauter in Wuppertal, Henry Figge in Xanten.

Bestellt zum Anwaltsnotar/zur Anwaltsnotarin

Rechtsanwältin Silke Terlinden in Oberhausen, Rechtsanwalt Martin Johannes Schmülling in Wesel.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am AG**: Richterin Dr. Julia Agnes Heukamp in Coesfeld u. Nina Boysen in Hagen; z. **Justizamtsrat**: Justizamtsmann Fred Peter Laska in Detmold, z. **Justizamtfrau**: Justizoberinspektorin Karin Kargol in Bottrop, Carina Szymlek in Dortmund, Beate Schindler in Essen-Borbeck, Birgit Müller-Heisener in Kamen, Susanne Kryeziu-Schleep und Birgit Marks in Marl, z. **Sozialamtfrau**: Sozialoberinspektorin Sandra Heisiep in Paderborn, z. **Justizoberinspektorin**: Justizinspektorin Sandra Glischinski in Ahlen, Corinna Eisel in Hagen, Julia Siegeler in Meinerzhagen und Nadine Halbe in Plettenberg, z. **Sozialoberinspektorin**: Sozialinspektorin Stefanie Kirchhof in Dortmund, Claudia Dello Monaco und Sandra Reichling in Hagen; z. **Justizamtsinspektor/in** (A 9 m. AZ): Justizamtsinspektor/in Ronald Becker in Plettenberg; Elisabeth von Gehlen in Hamm, Veronika Klohn in Iserlohn, Elisabeth Arntzen in Ahaus, Gisela Wellerdiek in Rheda-Wiedenbrück, Martina Rodemerck in Bottrop; z. **Obergerichtsvollzieher**: Gerichtsvollzieher Dirk Heidemann in Halle (Westf.); z. **Justizamtsinspektor/in**: Justizhauptsekretär/in

Beate Bartolles in Gelsenkirchen; z. **Justizhauptsekretär/in**: Justizobersekretär/in Ute Langer, Kirsten Mecke und Sabine Uhländer in Gelsenkirchen, Annette Schulze-Niehoff in Bielefeld, Ralf Horstmeier in Minden, Ralf Achim Bratz in Rahden, Carsten Gruber in Gelsenkirchen-Buer, Dagmar Winck in Marl; z. **Ersten Justizhauptwachtmeister**: Justizhauptwachtmeister Stephan Billermann in Münster.

Ruhestand:

Präsident des LG Klaus Schelp in Münster, Direktor/in des AG Jürgen Twittmann in Hamm u. Helga Arens in Schmallenberg; Justizoberamtsrat Karl-Friedrich Lohmann in Borken.

Richterinnen/Richter auf Probe

Gerichte

Ernannt:

Assessor/in Sven Besserdich, Henrike Hepprich u. Dr. Nora Tirtasana.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Justizoberinspektorin**: Justizinspektorin Sarah Victoria Iwanowsky u. Cathleen Otto in Bielefeld, Kahina Slimana in Essen u. Christina König in Münster.

Ruhestand:

Leitender Oberstaatsanwalt - BesGr. R 3 - Dr. Günter Braun in Detmold; Obergerichtsvollzieher Peter Kollmann in Borken; Justizamtsinspektor/in Sigrid Franke in Kamen und Karl-Heinz Büsker in Borken.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Patricia Philipp, Cathrin Rettig u. Solveig Mareike Volquardsen.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Aufnahmen aus anderen Kammerbezirken:

Ann-Carolin Althaus (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Dr. Aynur Ates in Siegen, Eugen Balin in Dortmund, Anna Balkenhol in Gütersloh, Helmut Böddeling in Münster, Dr. Benedikt Bödding (bisher RAK Köln) in Münster, Jan Böttcher in Barntrup, Marina Brotzmann in Brakel, Philipp Brück in Schwerte, Christiane Buß in Münster, Thomas Faber in Gelsenkirchen, Ralf Fahrenholz, LL.M. in Hamm, Tim Frommeyer (bisher RAK Berlin) in Dortmund, Martina Füchtenhans in Bielefeld, Jana Grabenschröer (bisher RAK Düsseldorf) in Münster, Moritz Michael Grunow in Essen, Ines Hattenhorst in Hörstel, Sophia Elisabeth Helling in Bochum, Jennifer Herden in Münster, Dennis Hollmann in Herford, Marc Jünger in Bielefeld, Peter Kersting, LL.M. in Hövelhof, Cindy Klinner (bisher RAK Berlin) in Hemer, Christina Lang in Bielefeld, Hans-Joachim Langerbein in Lüdenscheid, Michael Lensmann (bisher RAK Köln) in Gelsenkirchen, Nan Li in Bielefeld, Ulrike Ludolf (bisher RAK Düsseldorf) in Marl, Dr. Jochen Nippel (bisher RAK München) in Münster, Ines Platz in Bielefeld, Tim Sebastian Rathner in Bocholt, Helmut Rubin in Essen, Sascha Sell in Essen, Alina Shulman in Bochum, Morten Simm (bisher RAK

Frankfurt) in Detmold, Thorsten Süß in Hamm, Dominik Schmitz in Münster, Andreas Schulz (bisher RAK Düsseldorf) in Dortmund, Björn Stäwen in Münster, Katrin Verspohl (bisher RAK München) in Paderborn, Anika Wißmann (bisher RAK Freiburg) in Dortmund.

Aufnahmen nach EuRAG / Aufnahmen gemäß § 206 BRAO:

Jorge Juanola Frühling in Essen (Aufnahme nach EuRAG).

Löschungen als Rechtsanwalt:

Dr. Kathrin Bünnigmann, LL.M., M.A. in Münster, Jörg Moselage in Geseke, Andrea Bunte in Essen-Borbeck, Dr. Klaus Römermann in Essen, Mathias Sonntag, LL.M. in Iserlohn, Dr. Helge Millinger in Essen, Herman Hunger in Dortmund, Stephan Wöll in Essen, Thomas Pitz in Greven, Dr. Wolf Wentzel in Essen, Karsten Heier in Bielefeld, Birgit Hünkemeier in Lemgo.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Vera Hennemann-Raschke, LL.M. (T) in Essen

Bestellt zur Anwaltsnotarin/zum Anwaltsnotar:

Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen

Dr. Klaus Pielemeier in Gütersloh, Klaudia Hugenberg in Detmold, Volker Rathmann in Selm, Joachim Wastl in Unna, Andreas Rickert in Hamm, Dr. Georg Butterwegge und Oliver Hahn in Dortmund, Dr. Patrick Tonner in Werne, Nils Wiggingshaus in Gütersloh, Dr. Andrea Bockey in Münster, Rüdiger Beulen in Paderborn.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Uwe Kemper in Sundern, Klaus Kowallik in Werl, Bernhelm Bonk in Ochtrup, Dr. Rudolf Johannes Richard und Dr. Joachim Nelles in Münster, Bernd Hoffmann in Paderborn.

Entlassen aus dem Notaramt:

Rechtsanwälte und Notare Volker Walter und Meinhard Budeus in Dortmund.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Vizepräsident d. OLG**: Leitender Oberstaatsanwalt Peter Lichtenberg von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf; z. **Justizhauptsekretärin**: Justizobersekretärin Agnes Brigitte Overhoff in Geilenkirchen; z. **Justizsekretärin**: Justizhauptwachtmeisterin Christiane Graci in Köln; z. **Ersten Justizhauptwachtmeister** - BesGr. A 5 -: Justizhauptwachtmeister Manfred Lammerich u. Gerhard Stuch in Bonn.

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am OLG Albert Lampenscherf in Köln, Justizamtsinspektor/in Heinz-Detlef Franz Grusdat in Aachen, Josefine Elisabeth Pütz in Bergisch Gladbach u. Werner Fritz Neumann in Köln, Erster Justizhauptwachtmeister Franz Willi Kauert in Bonn.

Richterinnen/Richter auf Probe

Gerichte

Ernannt:

Assessorin Dr. Anne Roloff, Dr. Veronika Schweikert, Jana Kristin Strauch u. Sina Wietrzychowski.

Staatsanwaltschaften:

Ernannt:

z. **Oberstaatsanwalt/-anwältin als Hauptabteilungsleiter/in** – BesGr. R2 m. AZ -: Oberstaatsanwalt Dieter Kesper v. d. GSTA in Köln und Oberstaatsanwältin Annelie Meinert aus Bonn in Köln, z. **Oberstaatsanwalt**: Staatsanwalt Wilhelm Hubert Muckel in Aachen.

LAG-Bezirk Hamm

Ernannt:

z. **Regierungsamtsrat**: Regierungsamtmann Ralf Fiolka in Dortmund.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Techn. Oberinspektor**: Betriebsinspektor Guido Elsner in Münster; z. **Justizvollzugsamtsinspektor** - BesGr. A 9 m. AZ. -: Justizvollzugsamtsinspektor Leo Korr u. Jürgen Nießen in Aachen; z. **Justizvollzugshauptsekretärin**: Justizvollzugsoberssekretärin Isabel Sander in Aachen; z. **Regierungsobersekretär/in**: Regierungsekretär/in Jana Vierke in Castrop-Rauxel Daniel Kern in Schwerte, Stefanie Schibilla in Werl; z. **Justizvollzugshauptsekretär**: Justizvollzugsoberssekretär Markus Reschke in Castrop-Rauxel u. Harry Wulf in Hamm.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- | | |
|--------------|--|
| 1 | Direktor/in der Fachhochschule für Rechtspflege NRW zugleich Leiterin/Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen (B 3)
- Einzelheiten können der Veröffentlichung im Justizintranet (Bereich Justiz NRW/Ausschreibungen/Ausschreibungen der Justiz) entnommen werden - |
| 1 | Leitender Oberstaatsanwalt/-anwältin (R 3) b. d. GStA in Düsseldorf |
| mehrere | Oberstaatsanwalt/-anwältin (R 2) b. d. StA in Bielefeld |
| 1 | Vors. Richter/in am LG (R 2) in Mönchengladbach |
| 1 | Richter/in am AG - als weit. Aufsicht führende Ri.- (R 2) b. d. AG Duisburg |
| 1 | Richter/in am OVG in Münster
- am Auswahlverfahren nehmen ausschließlich im richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes NRW stehende Bewerber/innen teil - |
| 2 | Richter/in am FG in Münster
- Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von zwei Wochen auf dem Dienstweg einzureichen; Bewerber/innen, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, reichen ihre Bewerbung bei dem Präsidenten des FG Münster ein. Wegen der Einstellungs Voraussetzungen wird auf das JMBL. NRW Nr. 21 v. 1. November 2011 Bezug genommen. |
| 1 | Richter/in am AG in Köln |
| 1 | Richter/in am AG Aachen |
| mehrere | Richter/in am LG in Düsseldorf |
| je 1 | Richter/in am LG in Duisburg, Kleve, Mönchengladbach u. Wuppertal |
| je mehrere | Richter/in am AG in Mülheim an der Ruhr u. Solingen |
| 1 o. mehrere | Richter/in am AG in Mönchengladbach-Rheydt |
| je 1 | Richter/in am AG in Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Ruhrort, Dinslaken, Oberhausen, Geldern, Krefeld, Mönchengladbach, Grevenbroich u. Wuppertal |
| 1 | Staatsanwalt/-anwältin in Münster für die planmäßige Anstellung von Richterinnen/Richtern auf Probe aus dem Bezirk der GStA Hamm |
| 1 | Staatsanwalt/-anwältin in Hagen für die planmäßige Anstellung von Richterinnen/Richtern auf Probe aus dem Bezirk der GStA Hamm |

mehrere	Justizamtsrat/-rätin - Sachbearbeiter/in in Justizverwaltungssachen - bei der GStA Hamm
1 o. mehrere	Justizamtsmann/-amtsfrau - Sachbearbeiter/in in Justizverwaltungssachen - bei der GStA Hamm
3	Regierungsoberinspektor/in - fliegend - bei den Sozialgerichten im LSG-Bezirk Essen
1	Sozialoberinspektor/in b. d. JVA Herford - das Anforderungsprofil kann beim Leiter der JVA Herford angefordert werden -
1	Regierungsamtsinspektor/in (A 9) b. d. SG Aachen
1	Regierungsamtsinspektor/in (A 9) b. d. SG Dortmund
2	Regierungshauptsekretär/in - fliegend - bei den Sozialgerichten im LSG-Bezirk Essen

Sachbearbeiter/in, zugleich ständiger Vertreter/in d. Geschäftsleiters/in b. d. Staatsanwaltschaft Bochum

Bei der Staatsanwaltschaft Bochum ist demnächst der Dienstposten einer Sachbearbeiterin/eines Sachbearbeiters - zugleich ständige Vertreterin/ständiger Vertreter d. Geschäftsleiterin/d. Geschäftsleiters - zu besetzen. Der Dienstposten ist den Besoldungsgruppen A 9 gD bis A 12 zugeordnet. Bewerbungen können sich alle Beamtinnen und Beamte des gehobenen Justizdienstes, denen bereits ein Amt der vorstehend genannten Besoldungsgruppen übertragen ist. Bewerbungen sind innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung auf dem Dienstweg an den Generalstaatsanwalt in Hamm zu richten.

Verwaltungsleiter/in b. d. JVA Werl

Bei der JVA Werl ist der Dienstposten für die Verwaltungsleiterin oder den Verwaltungsleiter zu besetzen. Die Funktion ist derzeit in Bandbreite den Besoldungsgruppen A 13 g.D. / A 14 h.D. zugeordnet. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden.

Verwaltungsleiter/in b. d. JVA Bochum

Bei der JVA Bochum ist der Dienstposten für die Verwaltungsleiterin oder den Verwaltungsleiter zu besetzen. Die Funktion ist derzeit in Bandbreite den Besoldungsgruppen A 13 g.D. / A 14 h.D. zugeordnet. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden.

Werkdienstleiterin bzw. Werkdienstleiter b. d. JVA Wuppertal-Ronsdorf

Bei der JVA Wuppertal-Ronsdorf ist der Dienstposten für den Werkdienstleiterin bzw. den Werkdienstleiter zu besetzen. Das Anforderungsprofil mit einer Stellenbeschreibung kann bei dem Leiter der JVA Wuppertal-Ronsdorf angefordert werden.